

Wilhelm Kempf

# Meinungsmanipulation und psychologische Kriegsführung im Umfeld mittelamerikanischer Friedensbemühungen

## Einleitung

Nachdem sie durch den verlorenen Vietnamkrieg in Mißkredit geraten waren, erlebten die Strategien der Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung) während der Amtszeit Präsident Reagans in den USA eine Renaissance ungeahnten Ausmaßes. Zu einer umfassenden Strategie der USA gegenüber der Dritten Welt weiterentwickelt, umfaßt Low-intensity Warfare (Kriegsführung niedriger Intensität) heute nicht mehr bloß die Bekämpfung von Aufständen, sondern zunehmend auch die Subversion, Destabilisierung und paramilitärische Offensive gegen unliebsame Regierungen. Anders als in traditionellen Kriegen besteht das Ziel der Kriegsführung dabei weniger in der Eroberung von Territorien als darin, eine gewünschte Verhaltensänderung in der Zielgruppe der Bevölkerung herbeizuführen. Maßnahmen der psychologischen Kriegsführung erlangen unter diesen Voraussetzungen nicht nur für die Beeinflussung der Bevölkerung in den betroffenen Dritte-Welt-Ländern selbst eine gesteigerte Bedeutung. Um der Politik der US-Administration zur Durchsetzung zu verhelfen, gewinnen Propaganda und psychologische Beeinflussung auch gegenüber der nordamerikanischen Öffentlichkeit und gegenüber den europäischen Verbündeten der USA zunehmend an Bedeutung. Das vielleicht wichtigste Beispiel hierfür stellt der Konflikt in Zentralamerika dar: von der Reagan Administration als der "Fall Nicaragua" apostrophiert und von Reagan selbst zur "größten moralischen Herausforderung der USA seit dem letzten Weltkrieg" erklärt.

Auch wenn es Reagan nicht gelungen ist, das Hauptziel seiner Präsidentschaft zu erreichen und den Sturz der nicaraguanischen Regierung herbeizuführen, bleibt die Zentralamerikapolitik des 40. US-Präsidenten doch als einzigartiges Lehrstück moderner psychologischer Kriegsführung bestehen, dessen genaues Studium die Grundlage dafür schaffen kann, die Fortsetzung des Krieges für Reagans Amtsnachfolger, George Bush, so schwierig wie möglich zu machen.

Gegenstand der nachfolgenden Analysen sind die deutschsprachigen Medien und ihre Berichterstattung über den zentralamerikanischen Friedensprozeß. Stichtag der Analysen ist Ende März 1988, als die nicaraguanische Regierung in der südnicaraguanischen Stadt Sapoà einen — zunächst auf 60 Tage begrenzten — Waffenstillstand mit der Contra schloß, der von Regierungsseite aus seither immer wieder einseitig verlängert wurde.

## Erste Pressestimmen

Am 25. März 1988 war es endlich so weit. "Nicaragua: Erster Schritt zum Frieden" meldete die TAZ in dicken Balkenlettern und machte sich damit ungewollt (?) die Lesart des Contraführers Alfredo Cesar (z.n. SÜDKURIER, 25.3.88) zu eigen, der diese Formulierung zuerst gebraucht hatte, damit zugleich die unzähligen Schritte verleugnend, welche die sandinistische Regierung schon zuvor auf sich genommen hatte um das Waffenstillstandsabkommen von Sapoà überhaupt zu ermöglichen. So zurückhaltend in seiner Würdigung des Beitrages der Sandinisten zum Friedensprozeß in Zentralamerika zeigte sich am 25.3.88 noch nicht einmal Hans-Dietrich Genscher (z.n. FAZ, 26.3.88), der das Abkommen einen "weiteren wichtigen Schritt" zur Verwirklichung des Friedensplans nannte.

Hans-Jürgen Wischnewski (z.n. FR, 26.3.88), der an den Verhandlungen als Berater der nicaraguanischen Regierung mitgewirkt hatte, erklärte in einem FR-Interview in Managua, man dürfe nicht vergessen: "Kein Land hat das Friedensabkommen so erfüllt und so große Anstrengungen gemacht wie Nicaragua". Die FAZ gab ihn am 26.3. mit den Worten wieder, "die Regierung Nicaraguas habe 'mehr als jede andere' zur Erfüllung des mittelamerikanischen Friedensabkommens von Esquipulas geleistet". Für die FR war das Abkommen schon tags zuvor "ein einmaliger Vorgang, der weit über die im Arias-Friedensplan vorgesehenen, reinen Waffenstillstandsvereinbarungen hinausgeht. An diesem 25.3. gestand sogar Springers WELT ein, daß sich die nicaraguanische Regierung zu "weitgehenden politischen Zugeständnissen" bereitgefunden und die Gespräche zwischen Regierung und Contra "den mittelamerikanischen Friedensprozeß wieder belebt" haben. Der — ebenfalls konservative — SÜDKURIER sah "die größte Hürde auf dem Weg zu einem endgültigen Waffenstillstand überwunden" und gestand Nicaragua zu, daß es mit der Einigung "als erstes Land die Verpflichtungen des Friedenspaktes vom 7. August vergangenen Jahres" erfüllt: "Bei den Mitunterzeichnern El Salvador und Guatemala steht dieser erste Schritt noch aus". So weit wollte die FAZ freilich nicht gehen. Von einer Erfüllung des "Arias-Friedensplanes" wollte sie erst sprechen, "wenn die Sandinisten sich an das Abkommen mit dem bewaffneten Widerstand halten" und die WELT hatte am schnellsten wieder Tritt gefaßt: "Vor einer allzu optimistischen Einschätzung der Lage sei jedoch gewarnt" hieß es hier. Denn "in der Vergangenheit sind schon manche Hoffnungen enttäuscht worden... Und schließlich verlangen die Rebellen etwas, was Marxisten normalerweise nicht zu tun pflegen: Diese sollen ihre Macht bei freien Wahlen zur Disposition stellen".

## Strategien des Medienkrieges

Auch wenn Sandinisten und Contras einen vorläufigen Waffenstillstand vereinbart hatten, im Medienkrieg des CIA sollte es nicht einen einzigen Tag der Waffenruhe geben — und die Springer-Presse fand sich (wie stets) an vorderster Front. Denn die antisandinistischen Haßtiraden, mit denen Werner Thomas die Welt-Leser fast täglich beglückt, sind nicht bloß Ausdruck paranoider Wahnideen eines unverbesserlichen Reaktionärs. Sie fügen sich ein in die Strategie der Low-intensity Warfare, wie sie von den USA gegen Nicaragua verfolgt wird.

Typisch für diese Art der Kriegsführung der USA ist es, ein direktes militärisches Engagement so weit als möglich zu vermeiden, andere für sich kämpfen zu lassen, sie zu dirigieren und zu finanzieren, zugleich aber die Illusion zu wahren, daß dies ein interner Krieg sei. Die Legitimation der US-gesteuerten Aggression vor der Weltöffentlichkeit wird daher zum zentralen Moment der Strategie. Nach Schätzungen des Ex-Propagandachefs der Contra, Edgar Chamorro (z.n. ides, 25.3.88), "ist der Anteil der psychologischen Kriegsführung (...) mit etwa 80 Prozent zu veranschlagen".

Ziel der Propagandastrategie des CIA ist es dabei von Anfang an gewesen, den Krieg gegen Nicaragua als einen Bürgerkrieg erscheinen zu lassen: ein Begriff, der mittlerweile selbst von den um eine halbwegs objektive Berichterstattung bemühten Segmenten der bundesdeutschen Medienlandschaft (so z.B. auch von der FR) übernommen wurde. "Die Taktik dabei" ist laut Chamorro, "für die Bevölkerung eine Situation zu schaffen, die ihr nur die Wahl zwischen den Sandinisten und der Contra läßt". Ein wichtiges Element der Strategie ist es daher, die ökonomische Situation der Bevölkerung zu verschlechtern, Versorgungsengpässe zu schaffen etc. und die Schuld an dieser Situation dann der Regierung zuzuschreiben. (Die Maßnahmen, welche dazu gehören, reichen von militärischen Einsätzen der Contra gegen Versorgungseinrichtungen, Industrieanlagen und landwirtschaftliche Betriebe über das US-Handelsembargo bis hin zur Einstellung der Entwicklungshilfe für Nicaragua durch US-hörige Regierungen anderer Staaten wie z.B. der BRD). Gleichzeitig soll durch die Propaganda das Bild aufgebaut werden, daß es sich bei der nicaraguanischen Regierung um ein repressives Regime handle, das der Privatwirtschaft keinen Spielraum lasse, die Kirche unterdrücke und die private Presse in ihrer Arbeit behindere. (Zu den Maßnahmen, die hierzu gehören, zählte u.a. der Aufbau des Radio Catolica mit US-Geldern und dessen contrafreundliche Berichterstattung, durch welche ein Verbot des Senders geradezu provoziert wurde). Das Zauberwort, vermittels dessen dies alles in eine Formel gegossen wird, war und ist die Brandmarkung der Regierung Nicaraguas als marxistisches, oder wie es in der FAZ gelegentlich auch heißt, als leninistisches Regime — eine Zauberformel, welche die USA bereits mehrmals erfolgreich anwandten, wenn es darum ging, den gewaltsamen Sturz der gewählten Regierung eines lateinamerikanischen Landes zu legitimieren: 1954 beim Sturz der Regie-

rung Arbenz in Guatemala und 1973 bei der Ermordung Salvador Allendes in Chile. (In der BRD, die den Antikommunismus der Nazis nicht nur aus dem Faschismus herübergerettet, sondern ihn — wie der französische Historiker Alfred Grosser dies einmal ausgedrückt hat — zu ihrer Staatsraison erhoben hat, kann diese Formel mit besonderer Wirksamkeit rechnen).

Die skizzierten Hauptlinien des weltweiten Medienkriegs der USA um Zentralamerika hatten sich schon "bewährt", lange bevor Esquipulas II in Gang gekommen war. In ihrem Zuge wurden u.a. schon die nicaraguanischen Wahlen vom November 1984 der Weltöffentlichkeit teils überhaupt nicht zur Kenntnis gebracht, teils — und in krassem Widerspruch zu den Aussagen der über 400 internationalen Wahlbeobachter, welche die Korrektheit der Wahl bestätigten — als "von der Junta inszeniertes Wahlspektakel" abqualifiziert und — wo auch das nicht gelang — Schritt für Schritt aus dem Gedächtnis verdrängt. (Die entscheidende Wende auf diesem "Schauplatz" des Propagandakrieges fand Ende Februar 1985 statt, als Ronald Reagan in seiner ersten Pressekonferenz als wiedergewählter US-Präsident die tatsachenwidrige Behauptung aufstellte, es handle sich bei der Regierung Nicaraguas "um keine vom Volk gewählte Regierung" (z.n. DIE PRESSE, 23.2.85). Wurde diese Falschbehauptung von den Medien zunächst "völlig wertfrei" als Aussage des US-Präsidenten kolportiert, so verzichtete man bereits Tage später auf die Nennung ihres Urhebers. Reagans Aussage, deren Wahrheitsgehalt Mensch noch anzweifeln konnte, war zur "Tatsachenbehauptung" geworden). Ohne diese Voraussetzung wäre es Reagan im Mai 1985 kaum möglich gewesen, dem Handelsembargo gegen Nicaragua einen Anschein von Legitimität zu geben.

Einen weiteren Höhepunkt erreichte der Propagandakrieg der USA ein Jahr später, als der CIA in Erwartung des Den Haager Urteilsspruches eine weltweite Kampagne startete und dazu allein für PR-Maßnahmen in Spanien, Frankreich und der BRD nicht weniger als 1.5 Mio. US\$ aufbrachte. Als der Internationale Gerichtshof Reagans Nicaraguapolitik schließlich als völkerrechtswidrig verurteilte, konnte dies in der öffentlichen Wahrnehmung durch die von den USA in die Medien lancierten Totalitarismuskritiken gegen Nicaragua (für welche die Schließung von LA PRENSA einen willkommenen Vorwand lieferte) erfolgreich in den Hintergrund gedrängt werden. Daß der Wortlaut des Urteilsspruches von der Tagespresse ebensowenig veröffentlicht wurde, wie ein Jahr später der Inhalt der vom nicaraguanischen Parlament verabschiedeten Verfassung, versteht sich von selbst: mit dem Bild von Nicaragua, welches Reagan zur Legitimation der fortgesetzten US-Aggressionen benötigte, waren die Tatsachen nicht vereinbar.

Genau dieselbe Strategie verfolgten unsere Medien auch ein Jahr später, bei der Berichterstattung über den "Arias-Plan". Auch hier wurde der Wortlaut des Friedensabkommens nicht und sein Inhalt nur sehr vage und unvollständig an die Öffentlichkeit gebracht. So wurde die Möglichkeit eröffnet, Nicaragua wegen

der Nichterfüllung von Forderungen zu brandmarken, die — wie z.B. direkte Verhandlungen mit den Contras — im Friedensplan gar nicht enthalten sind, während gleichzeitig Maßnahmen der USA als legitim dargestellt werden konnten, obwohl sie — wie z.B. auch die "humanitäre" Unterstützung der Contras — durch den Friedensplan untersagt sind. Und von dieser Möglichkeit wurde denn auch reichlich Gebrauch gemacht, was noch durch den Umstand erleichtert wurde, daß Reagan unmittelbar vor Unterzeichnung von Esquipulas-II einen "Gegenplan" vorgelegt hatte, dessen Inhalt nun mit dem des Friedensabkommens der zentralamerikanischen Präsidenten munter durcheinandergebracht wurde.

Auch hierbei war es wieder die WELT, die in der BRD die Vorreiterrolle übernahm und deren Korrespondent Werner Thomas schon vor Unterzeichnung des Friedensabkommens tausende Gründe wußte, "warum der mittelamerikanische Gipfel keinen Frieden bringen wird" (z.n WELT, 6.8.87). Neben den bereits genannten Elementen der Propagandastrategie trat dabei ein weiteres Motiv ins Zentrum der "Berichterstattung": die Polarisierung zwischen Nicaragua und den als "demokratisch" apostrophierten Staaten Zentralamerikas und die Konzentration des Interesses auf Nicaragua "das als kontroversestes Land gilt" (DRS, 2.12.87). So wurde nicht nur plausibel gemacht, warum die Berichterstattung die altbekannten Mißwirtschafts- und Totalitarismusvorwürfe gegen Nicaragua ständig wiederholte und die von Nicaragua unternommenen Schritte zur Erfüllung des Friedensabkommens als "ungenügend" beiseite schob. Zugleich konnten damit auch die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in anderen zentralamerikanischen Staaten (insbesondere in El Salvador) und deren mangelnde Bereitschaft, den Verpflichtungen aus dem Friedensabkommen nachzukommen, als für den Friedensprozeß unerheblich beiseite geschoben werden (so z.B. die Behinderung der internationalen Überwachungskommission durch Honduras, das die Besichtigung bestimmter Gebiete in Grenznähe zu Nicaragua untersagte). — Getreu dem Motto, wonach der Schlüssel für den Frieden eben allein in Nicaragua liege.

Als typisch für diesen Propagandastil kann ein Fernsehfilm von Erich Gysling angesehen werden, welchen das schweizerische Fernsehen DRS am 2. Dezember 1987 unter dem Titel ausstrahlte: "Zentralamerika zwischen Krieg und kaltem Frieden". Beachtenswert an diesem Film ist nicht nur der breite Raum, welcher den verschiedenen antisandinistischen Kräften zu ihrer Selbstdarstellung eingeräumt wurde. So enthält der Film u.a. Ausschnitte einer Rede, welche der republikanische US-Kongreßabgeordnete und erklärte Contra-Sympathisant Robert Doman auf einer Oppositionsveranstaltung in Nicaragua gehalten hatte. Zitat: "Lassen Sie mich klarstellen: kein Kongreßabgeordneter aus den USA würde je an einem Treffen der Sandinisten teilnehmen". Und die 'Menge' (ganze 360 Teilnehmer, die sich - trotz frühzeitiger Bekanntmachung der Versammlung in LA PRENSA - zusammengefunden hatten) skandiert: "Demokratie ja! Kommunismus nein!". Des weiteren enthält die Sendung Interviews mit einer Reihe von nicaraguanischen Opposi-

tionspolitikern. So mit dem "Liberalen" Eduardo Goronado, der den ZuschauerInnen als "ernstzunehmende politische Persönlichkeit" vorgestellt wird, mit der LA PRENSA - Herausgeberin Violetta Chamorro, mit dem am Friedensprozeß als Vermittler beteiligten, contrafreundlichen Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, und mit dem Chef des Unternehmerverbandes COSEP. Mit Vertretern der nicaraguanischen Regierung zu sprechen, hat Erich Gysling dagegen streng vermieden. Lediglich der Ausschnitt einer Pressekonzferenz von Carlos Nuñez wurde eingeblendet - und auch dies nur, um hinterher zu kommentieren, man könne "seine Zweifel darüber hegen, ob der sandinistische Commandante Carlos Nuñez so selbstlos denkt, wie er spricht. Aufgrund bisheriger Erfahrungen glaubt er wohl nicht an die Effizienz einer Opposition, auch nicht an die veränderte Macht der Oppositionszeitung LA PRENSA".

Überhaupt wird es in Erich Gyslings Film ständig den Sandinisten zur Last gelegt, daß die Opposition einerseits zersplittert ist und andererseits wenig Widerhall in der Bevölkerung findet. Und wo Zustimmung der Bevölkerung zur Regierungspolitik ins Bild kommt, heißt es prompt: "das Regime der Sandinisten" lasse sich "Bestätigung durch die Massen geben". Daß LA PRENSA völlig unzensuriert wieder erscheinen kann und auch Radio Católica wieder zugelassen wurde, wird in dem Film zwar erwähnt, "doch das genügt nicht". Was die Sandinisten noch alles tun sollen um Herrn Gysling zufriedenzustellen wird freilich nicht gesagt. Im zweiten Teil des Films wird stattdessen lang und breit über die ökonomische Mangelsituation in Nicaragua berichtet, für die drei Gründe genannt werden: "Zuviel gelenkte Wirtschaft, zuviel Kriegswirtschaft, zuviel Behinderungen im Handel durch einen Teil des westlichen Auslandes" - und Schuld daran sind natürlich die Sandinisten. "Das nicaraguanische Volk ist es gewohnt Mühsal zu ertragen" faßt Gysling seine Propagandabotschaft zusammen: "Es hat während Jahrzehnten die Somoza-Diktatur erduldet und manche Beobachter neigen zu der Ansicht, dieses Volk wäre wohl auch in der Lage, sich mit der Herrschaft der Sandinisten abzufinden. Die unteren Schichten jedenfalls zeigen wenig Engagement zugunsten einer grundlegenden Veränderung". Auf die Idee, daß dies daran liegen könnte, daß die arme Bevölkerungsmehrheit ihre Interessen durch die Sandinisten vertreten sieht, kommt Gysling natürlich nicht. Und auch seine Gesprächspartner - alles Angehörige der besitzenden Klasse - lassen ihn nicht auf die Idee kommen. Am allerwenigsten der "46jährige Sozialdemokrat und Multimillionär" (WELT, 14.10.87) und dafür mit dem Nobelpreis ausgezeichnete 'Vater' des Friedensplans Oscar Arias Sánchez. Ihn interviewt Gysling gleich zweimal in seinem Film und liefert damit eine eindrucksvolle Demonstration dessen, wie der Friedensplan selbst für die kriegstreibende Propaganda dienstbar gemacht werden kann.

## Die Funktionalisierung des Nobelpreisträgers

Tatsächlich hatte der "Arias-Plan" ja von vorne herein einen Doppelcharakter, war er sowohl Friedensplan als auch Strategie zur Isolation Nicaraguas gewesen: Nachdem im Juni 1986 die Contadora-Verhandlungen zum Stillstand gekommen waren, hatte Arias die Initiative übernommen und - ganz im Einklang mit Reagan's Denunzierungen, die letztendlich den Contadora-Prozeß zum Scheitern gebracht hatten - erklärt, Nicaragua behindere die anderen Staaten, zu einer Lösung zu kommen. Die Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Honduras und Guatemala könnten zu einer Übereinkunft gelangen, die entweder die regionalen Verhältnisse vorantreiben oder Nicaragua definitiv isolieren würden und die eventuelle Beseitigung der sandinistischen Regierung rechtfertigen könnte. Entsprechend war auch die erste Version des Planes eindeutig gegen Nicaragua gerichtet und war Nicaragua zu dem ersten Gipfeltreffen der zentralamerikanischen Präsidenten (am 15. Februar 1987 in San José) gar nicht erst eingeladen worden. Mit dem Zentralamerikabesuch des demokratischen US-Senators Christopher Dodd, der den vier Präsidenten die Richtlinien der demokratischen Zentralamerikapolitik erläuterte und nachdem sich der guatemaltekeische Präsident Cerezo geweigert hatte, in San José irgendein Abkommen zu unterzeichnen, sofern nicht Nicaragua mit einbezogen wäre, kam es zur entscheidenden Wende. Der ursprünglich als Druckmittel gegen Nicaragua konzipierte Plan wurde zu einem ernstzunehmenden Friedensplan umformuliert, der keine Forderungen mehr enthielt, deren Erfüllung Nicaragua grundsätzlich ablehnte (vgl. ENVIO, Nr. 73, Juli 1987). Nachdem Nicaragua auch die darin liegenden Chancen und Gefahren erkannte und sich voll hinter den Friedensplan stellte, wurde der zentralamerikanische Friedensprozeß zu einem einzigen Wettlauf um die Glaubwürdigkeit der nicaraguanischen Demokratie und der Bereitschaft ihrer Regierung zu Frieden und nationaler Aussöhnung: zu einem Wettlauf freilich, der mit sehr ungleichen Waffen geführt wurde. Denn während die Sandinisten Taten setzten um ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen - mithin also bereits den Frieden übten -, brauchten ihre Gegner lediglich den Propagandakrieg zu verschärfen.

Daß Oscar Arias nie ein Freund der Regierenden in Managua war (und es auch heute nicht ist), kam der gegen den Friedensprozeß gerichteten Propaganda nur zu gelegen. Daß Arias auch kein Befürworter der Contras ist und mit den US-amerikanischen Demokraten "besser kann, als mit den Republikanern eines Ronald Reagan" (iz3w, Nr. 144, September 1987) erhöhte zudem seine Glaubwürdigkeit. Und: mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, konnten die Aussagen des "intelligenten Antisandinisten" (EL PAIS) zudem jene Autorität beanspruchen, über welche Ronald Reagan spätestens seit Bekanntwerden des Irangate-Skandals in der Weltöffentlichkeit nicht mehr verfügte. Worauf bei seiner Nutzbarmachung für den Propagandakrieg geachtet werden mußte, war lediglich, daß die Thematisierungskompetenz fest in den Händen der Medien blieb - soll heißen, daß die Medien kontrollieren konnten, was zum Thema wurde.

War diese Voraussetzung gegeben, so konnte Arias nahezu beliebig für antisandinistische Stimmungsmache herhalten. Nur eines konnte von ihm nicht erwartet werden: daß er sich für die Contra-Unterstützung der USA aussprach. Dafür würde er aber auch nicht für deren Beendigung eintreten, ohne im gleichen Atemzug zu fordern: "Jetzt müssen wir aber auch die Sowjetunion und Kuba auffordern, ihre Hilfe für die Guerilla in El Salvador und Guatemala einzustellen" (z.n. WELT, 14.3.88). Abgesehen davon, daß damit die salvadorensische und guatemaltekeische Guerilla in einer die politischen Inhalte ihres Kampfes völlig verzerrende Weise mit der Contra auf eine Stufe gestellt wird, dienen solche Äußerungen Arias vor allem dazu, das Trugbild von dem unermüdeten Exponenten der Ideale der "Demokratie mit Freiheit und Gleichberechtigung für alle Menschen" (FR, 14.10.87) zu zeichnen, als der er mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde.

Sobald es jedoch darum geht, daß alle Vertragspartner das Friedensabkommen in gleichem Maße erfüllen sollen, zeigt sich, daß Arias diese mit sehr unterschiedlicher Elle mißt. Und dies in einer Weise, die selbst vom Zynismus eines Werner Thomas oder eines Erich Gysling nicht mehr übertroffen werden kann: "Wenigstens in einer Hinsicht hat El Salvador eine einfachere Ausgangslage", erklärte er dem letztgenannten im Interview (DRS, 2.12.87). "Im Bezug auf die Demokratisierung. Hier muß El Salvador nicht den gleichen langen Weg zurücklegen wie beispielsweise Nicaragua. In El Salvador gibt es keinen Notstand aber es ist zutreffend, daß in El Salvador große Gefahr für Politiker besteht, die zur Linken gehören. Es gibt in El Salvador ja tatsächlich die Todesschwadronen und die vollbringen immer wieder Mordanschläge. Andererseits gibt es dort eine freie Presse und die individuellen Rechte werden in El Salvador weit besser respektiert als in Nicaragua. In Nicaragua herrscht immer noch der Notstand. Ich stelle zwar mit Befriedigung fest, daß die Zeitung LA PRENSA und das Radio Catolica wieder zugelassen worden sind. Aber das ist nicht ausreichend".

Das Recht auf Unversehrtheit des Lebens gehört für Arias offensichtlich nicht zu den individuellen Rechten - zumindest nicht zu jenen, welche der politischen Linken zustehen. Jedenfalls zählt dieses Recht für Arias geringer als die formale Freiheit der Presse, hinsichtlich derer er auch nur deshalb einen Fortschritt El Salvadors gegenüber Nicaragua konstatieren kann, weil er die wiederhergestellte Pressefreiheit in Nicaragua als "nicht ausreichend" abtut. Noch deutlicher kann es kaum werden, wie gut sich Oscar Arias in die psychologische Kriegsführung gegen Nicaragua einfügt. Wer gedacht hatte, die Verleihung des Friedensnobelpreises an den costaricanischen Präsidenten sei ein Affront gegen Reagan gewesen, hat sich gründlich getäuscht.

## Krieg dem Frieden

Wie gering die Bereitschaft von Arias & Co. ist, die Friedensbemühungen der Sandinisten anzuerkennen und auf ihre eigene Politik vergleichbar strenge Maßstäbe anzuwenden, machte Ende Januar 1988 der Ausschluß der Contadora-Staaten und der Contadora-Unterstützergruppe aus dem Friedensprozeß von Esquipulas deutlich: Grund für den Ausschluß war es gewesen, daß der Bericht der (aus den Außenministern der Contadora-Staaten und der Contadora-Unterstützergruppe, je einem Vertreter der OAS und der UN, sowie den fünf zentralamerikanischen Außenministern bestehenden) Überprüfungscommission El Salvador, Guatemala und Honduras mangelnde Erfüllung des Abkommens vorgeworfen hatte, während er gleichzeitig lobende Worte für Managua fand, das sich aufrichtig bemüht habe, das Friedensabkommen zu erfüllen.

Die hinter dem Ausschluß stehende Intention, Nicaragua international zu isolieren, konnte Nicaragua zwar durch Aufhebung des Ausnahmezustandes - trotz anhaltender Kriegssituation - und durch weitere Zugeständnisse, die - wie die Bereitschaft zu direkten Verhandlungen mit der Contra - über die Forderungen des Friedensabkommens weit hinausgehen, zunächst abwehren. Der schließlich vereinbarte Waffenstillstand machte die Regierung in Managua erst einmal zum "moralischen Sieger" (FR, 25.3.88). Doch noch ist der Krieg nicht zu Ende. Und auch der Propagandakrieg ist damit nur in eine neue Phase getreten: sofort nach Bekanntwerden des Waffenstillstandsabkommens erklärte der Sprecher US-Präsident Reagans, Marlin Fitzwater, in der Vergangenheit habe es "so viele gebrochene Versprechen" Managuas gegeben, "daß wir sicherstellen wollen, daß sie (die Versprechen) gehalten werden" (z.n. ides, 25.3.88). Und in einem am 28. März veröffentlichten Interview der spanischen Zeitung DIARIO 16 verkündete der Contra-Führer Adolfo Calero, bisher hätten die Sandinisten "nichts getan, um das Vertrauen von irgend jemand zu gewinnen" (z.n. FR, 29.3.88). Da wollte Frau Geiger, die außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nicht zurückstehen: mit den Worten "Vorschußlorbeeren hat das Sandinisten-Regime nicht verdient" (z.n. FAZ, 26.3.88) forderte sie die bundesdeutsche Front zu antisandinistischer Geschlossenheit auf, zumal "das Weiße Haus skeptische Vorsicht über dieses Abkommen zeigte und nicht ausschloß, daß es ein Trick der Regierung in Managua sein könnte, weitere amerikanische Hilfsleistungen an die Contras zu stoppen" (WELT, 26.3.88). Und schon am 30. März einigten sich Republikaner und Demokraten im US-Kongreß darauf, erneut gegen das Friedensabkommen zu verstoßen und den Contras weitere ("humanitäre") Hilfszahlungen in Höhe von 50 Mio. US\$ zukommen zu lassen. Doch damit nicht genug: Jim Wright, der demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses und erklärter Gegner von Reagans Contra-Politik verpflichtete sich höchstpersönlich, die Forderung nach Militärhilfe für die Contra auf die Tagesordnung zu setzen, sollte der Friedensprozeß zusammenbrechen.

Daß dies möglich geworden war, verdankte Reagan einer beispiellosen Propagandaoffensive zu deren Zweck er auch nicht davor zurückschreckte, 3200 US-Soldaten nach Honduras zu entsenden und die USA näher an eine direkte Intervention in Nicaragua zu bringen als je zuvor.

Den Vorwand dafür lieferten Kämpfe zwischen nicaraguanischen Truppen und den Contras nahe der honduranischen Grenze, die zu einer angeblichen "Invasion der Sandinisten in Honduras" aufgebauscht wurden. Die Entsendung von vier US-amerikanischen Bataillonen erfolgte nach Angaben des Weißen Hauses aufgrund einer "Hilfsbitte" (FAZ, 18.3.88) des honduranischen Präsidenten Asconas, in einem Telefongespräch mit Reagan, am Abend des 17. März 1988. Zu dieser mußte Ascona freilich erst (wie schon bei einer ähnlichen Gelegenheit zwei Jahre früher auch) vom Botschafter der USA in Honduras überredet werden.

Bis dahin hatte die Regierung Ascona mehrfach versichert, von einem Eindringen nicaraguanischer Soldaten sei ihr nichts bekannt (vgl. FR, 18.3.88), und wie sich später herausstellte, war Reagans Entscheidung, Truppen nach Honduras zu entsenden bereits elf Stunden vor dem "Hilfsantrag" des honduranischen Präsidenten gefallen (vgl. FAZ, 19.3.88).

Nachdem Daniel Ortega die UN und den Internationalen Gerichtshof angerufen hatte und Bewohner der Grenzregion in Zeugenaussagen die Berichte von einer Invasion als Lügenmärchen entlarvt hatten, wiesen auch die honduranischen Christdemokraten und Liberalen Asconas Invasions-Version als "unzureichend und unbefriedigend" zurück und bezichtigten Ascona des Verstoßes gegen die Verfassung. Auch in der honduranischen Regierung und bei den honduranischen Streitkräften wurden Stimmen laut, daß in der Tat nur wenige Anzeichen für eine Invasion sprächen (FR, 24.3.88). Doch zu diesem Zeitpunkt hatte Reagans Propagandaaktion ihr Ziel bereits erreicht.

Denn dieses hatte allenfalls am Rande darin bestanden, Mißtrauen über "die wirklichen Motive Ortegas" (WELT, 18.3.88) zu säen, und das auf einschlägigen Erfahrungen beruhende Mißtrauen der demokratischen Kongreßabgeordneten gegenüber Reagan (vgl. FR, 18.3.88) war von Anfang an stärker gewesen. Entscheidend für den Meinungsumschwung im Kongreß war die Angst vor einer direkten Verwicklung US-amerikanischer Truppen in die Kampfhandlungen. Das "Vietnam-Trauma" sitzt den Nordamerikanern immer noch fest in den Knochen und ihre Argumente für und wider die US-amerikanische Contra-Unterstützung kreisten schon immer darum, wie eine Wiederholung der Vietnamerfahrungen am ehesten vermieden werden könne: durch die Unterstützung der Contra, die einen US-amerikanischen Truppeneinsatz erübrigen würde, wie Reagan versprach, oder durch eine politische Lösung, wie sie von den Demokraten bevorzugt wird, weil sie befürchten, daß die Contra-Unterstützung über kurz oder lang zu einer Eskalation des Krieges führen könnte, die eine direkte Kriegsbeteiligung der USA unvermeidbar macht.

Mit der Truppenentsendung nach Honduras wollte Reagan nun den "Beweis" für die Richtigkeit seiner Interpretation antreten und die Angst der Demokraten schüren, daß die Verweigerung der Contrahilfe im "Vergießen amerikanischen Blutes" enden könnte, wie es in nordamerikanischer Selbstherrlichkeit erst heißt, wenn US-Bürger davon betroffen sind. "Viele Demokraten behaupten, daß Reagan mit der Entsendung von Truppen nach Honduras überreagierte", machte sich die WELT am 18. März zu Reagans Sprachrohr. "Aber sie haben ihm seit Monaten die Möglichkeit genommen, mit finanziellen Mitteln angemessen zu reagieren. Es ist in Washington der Zeitpunkt gekommen, den Nicaragua-Konflikt aus dem Parteienstreit herauszuheben und emotionsloser Sachlichkeit und Vernunft wieder eine Chance zu geben". Und damit die Demokraten ordentlich Angst bekommen sollten, 'vor der Geschichte' als die Schuldigen dazustehen, wurde die US-Verwicklung in die nicaraguanisch-honduranischen Grenzzwischenfälle demonstrativ eskaliert: während es ursprünglich geheißen hatte, die US-Truppen sollten sich nicht an Kampfhandlungen beteiligen, wurde die Kriegssituation durch honduranische Luftangriffe auf nicaraguanisches Territorium Schritt um Schritt verschärft bis US-Außenminister Shultz schließlich offen mit dem Einsatz der nordamerikanischen Soldaten drohte. Während diese bereits mit scharfer Munition ausgerüstet wurden (FAZ, 22.3.88), erklärte Shultz in einem Fernsehinterview: "Wir gehen nicht in die Kampfzone. Wenn die honduranische Regierung aber irgendein Gesuch an uns richtet, versuchen wir dem zu entsprechen" (z.n. FR, 22.3.88). Präsident Ascona hatte bereits Tage zuvor von der Möglichkeit gesprochen, es könne sein, daß seine Regierung die nordamerikanischen Elitesoldaten zu Hilfe rufen würde. Vor dem Hintergrund eines solchen Szenarios mußte es den Demokraten allerdings "vernünftig" erscheinen, Reagan in Sachen Contra-Hilfe nachzugeben, bevor er noch irreversible Tatsachen schafft.

## Schluß

Die FR nannte die Waffenstillstandsvereinbarungen von Sapoà am 25. März 1988 einen "einmaligen Vorgang, der weit über die im Arias-Friedensplan vorgesehenen, reinen Waffenstillstands-Vereinbarungen hinausgeht. Er macht die Sandinisten zum moralischen Sieger. Vor den nächsten Wahlen sollte ihnen - auch bei Beteiligung der (Ex)-Contras - nicht bange sein. Ob Washington sie dann als Sieger akzeptiert?".

Es steht zu befürchten, daß sich Washington mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung davor zu bewahren wissen wird. Denn auch mit dem Präsidentenwechsel in den USA ist der konterrevolutionäre Krieg der USA gegen Nicaragua keineswegs zu Ende gegangen. Er ist lediglich in eine neue Phase eingetreten. Anders als der Cowboy im Präsidentenamt - wie sich Reagan gerne selbst darstellte -, tendiert der ehemalige CIA-Chef Bush dazu, den Krieg niedriger Intensität gegen Nicaragua allerdings wieder dort anzusiedeln, wo er sich gemäß des Kalküls der Low-intensity Warfare-Strategen so gut wie ungehindert entfalten kann: unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit.